

# presse

---

## **Täuschende Debatte über Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien**

Zur aktuellen Debatte über Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion im Europaausschuss Kerstin Griese:

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat zurecht in seiner „Unstatistik des Monats Februar“ darauf hingewiesen, dass die Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien in den vergangenen Jahren weit geringer war als sie in der öffentlichen Debatte von einigen dargestellt wurde. Der Mikrozensus, die repräsentative Befragung der Haushalte in Deutschland durch das Statistische Bundesamt, zeigt, dass von den seit 2007 nach Deutschland zugewanderten Menschen 80 Prozent einer Erwerbstätigkeit nachgehen. 22 Prozent dieser Menschen sind hochqualifiziert und weitere 46 Prozent qualifiziert. Es handelt sich also mehrheitlich um Personen, die dazu beitragen, den Fachkräftebedarf in Deutschland zu decken.

Es ist sehr bedauerlich, dass die Bundesregierung den Eindruck erwecken, dass die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union allein negative Auswirkungen habe. Richtig ist, dass Deutschland in hohem Maße von den mehrheitlich gut qualifizierten Zuwanderern aus den Ländern der Europäischen Union profitiert. Gleichzeitig muss sich die Bundesregierung viel stärker darum bemühen, die Armut in Europa zu lindern. Kein Mensch in Europa sollte sein Heimatland verlassen müssen, weil er dort in Armut lebt oder diskriminiert wird.